

Fraktion DIE LINKE, Willy-Brandt-Platz 1, 67657 Kaiserslautern

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Klaus Weichel
Willy-Brandt-Platz 1
67657 Kaiserslautern

Fraktion DIE LINKE
Rathaus Zimmer 22
Willy-Brandt-Platz 1
67657 Kaiserslautern
Tel 0631-365-2401
Fax 0631-3703438
linke.fraktion@kaiserslautern.de
21. Juni 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie um Aufnahme des folgenden Antrags auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 29. Juni 2020:

Clearinghaus: Obdachlosigkeit – Prävention, Unterstützung und sozialpädagogische Betreuung

Begründung:

Am 16. Dezember 2019 wurde der Prüfauftrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines Clearinghauses mehrheitlich beschlossen. Zuvor wurde im Sozialausschuss bereits am 12. November 2019 über die Möglichkeiten eines solchen „Clearinghauses“ und über den dringenden Handlungsbedarf im Bereich Obdachlosigkeit berichtet. Bisher liegen dem Rat zu dem Prüfauftrag jedoch noch keine Informationen der Verwaltung vor.

Mittlerweile hat sich durch die von der Pandemie verursachten Wirtschaftskrise die Lage auf dem Wohnungsmarkt zugespitzt. Viele Menschen haben durch Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit Schwierigkeiten ihren finanziellen Verbindlichkeiten nachzukommen. Dazu gehören auch Mietzahlungen. Es gibt zwar ein Mietmemorandum, dass es vielen Betroffenen ermöglicht ihre Mietzahlungen zu stunden. Dieses Mietmemorandum läuft jedoch Ende Juni aus.

Bundesweit steigt die Zahl derer, die ihre Miete nicht mehr zahlen können. Das teilte der Deutsche Mieterbund (DMB) am 19. Juni 2020 mit. Die Tendenz hierbei ist steigend. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.

Benötigt wird eine Anlaufstelle, die sich um von Zwangsräumungen bedrohte Mieter*innen kümmert. Um rechtzeitig eingreifen zu können, soll hierzu ein „Clearinghaus“ als Vermittlung zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen, ihrer rechtlichen Vertretungen sowie dem Job-Center und anderen Sozialleistungsträgern eingerichtet werden.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Einrichtung eines Clearinghauses. Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein schlüssiges Konzept vorzulegen, welches die in der Begründung aufgeführten Bestandteile enthält. Zwangsräumungen sind bis zur Inbetriebnahme dieser Moderationsinstanz auszusetzen.



Stefan Glander
stellvertretender Fraktionsvorsitzender